

Streit um ehemaliges EOW-Gelände geht weiter

Kritik aus zwei Fraktionen. Anwohner mahnen schnelles Beräumen der umfangreichen Abraumablagerungen an

Oberweimar. Der Streit um das ehemalige EOW-Gelände geht weiter. Die Fraktionen Weimarwerk/FDP und CDU monierten, dass die von ihnen geforderten Maßnahmen zur Renaturierung und zu notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen auf dem Gelände nicht umgesetzt würden. Vielmehr habe die Stadt lediglich die Mietverträge gekündigt. „Nicht mehr und auch nicht weniger“, heißt es in einer gemeinsamen Presseinformation.

Die Fraktionen bezeichneten die Stellungnahme der Bündnis-Grünen als von „deren Ideologie geprägt und inhaltlich einfach nur falsch“. Sie hätten „vor einem Jahr die Möglichkeit einer sofortigen Re-

naturierung bei gleichzeitiger Schaffung von Wirtschaftsraum mittels gezielt falscher Aussagen in der entscheidenden Stadtratssitzung zu in Aussicht gestellten großzügigen Fördermitteln durch das ‚grünbesetzte‘ Umweltministerium in Erfurt verhindert“. Wann jetzt Ersatzmaßnahmen greifen und die Stadtverwaltung über das notwendige Geld verfügen würde, um Abriss und Renaturierung umzusetzen, „steht durch den verhinderten Stadtratsbeschluss“ in den Sternen.

Bestätigt haben derweil Anwohner die umfangreichen Abraumablagerungen auf dem Gelände. Bereits 2014 hätten sie sich wegen eines ähnlich gelagerten Falls an

Stadt- und Landesbehörden gewandt. Demnach sei die nicht nur kurzfristige Ablagerung von Erdstoffmassen und Bauschutt im Überschwemmungsgebiet gesetzlich verboten.

Allerdings werde auf dem Gelände bereits seit Anfang August zwischen zwei großen Hallen Abraum abgelagert. Darunter befinde sich kontaminiertes Erdreich. Nach Aussage der Unteren Naturschutzbehörde handele es sich dabei auch um illegale Ablagerungen. Das stelle eine massive Gefahr für die Umwelt und den Hochwasserschutz dar. Daher fordern die Nachbarn eine umgehende Beräumung des Geländes. *red*



Die Ablagerung von Abraum über längere Zeit ist in Überschwemmungsgebieten verboten.